Sitzungsvorlage

Datum: 28.11.2022
Drucksache Nr.: **22/0572**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Finanzausschuss	06.12.2022	öffentlich / Beratung
Rat	08.12.2022	öffentlich / Entscheidung

Betreff

9. Änderung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Sankt Augustin zum 01.01.2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die 9. Änderung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Sankt Augustin aufgrund Neufestsetzung der Straßenreinigungsgebühren zum 01.01.2023 wie folgt:

1. § 6 Abs. 8 (neue Fassung)

Bei einer einmaligen wöchentlichen Reinigung der Fahrbahn beträgt die Benutzungsgebühr jährlich je Meter Grundstücksseite (Absätze 1 - 7), wenn das Grundstück erschlossen wird durch eine Straße, die überwiegend

- dem Anliegerverkehr dient, **3,26 Euro**,
- dem innerörtlichen Verkehr dient, **1,81 Euro**,
- dem überörtlichen Verkehr dient, **1,63 Euro**.

Wird mehrmals wöchentlich gereinigt, vervielfacht sich die Benutzungsgebühr entsprechend.

2. Inkrafttreten

Die 9. Änderung der Straßenreinigungssatzung tritt zum 01.01.2023 in Kraft.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass die Änderung des § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) rechtzeitig zum 01.01.2023 in Kraft tritt und

inhaltlich zu keiner veränderten als der nun vorliegenden Gebührenkalkulation führt.

Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund der vom Kostenrechner des Fachbereiches 2 erstellten Gebührenbedarfsberechnung ergeben sich für die Straßenreinigung neue Gebührensätze. Die neu ermittelten Gebührensätze werden nach Beschluss und vorbehaltlich des Inkrafttretens des Änderungsgesetzes KAG NRW in die Satzung übernommen und fristgemäß veröffentlicht.

Das Oberverwaltungsgericht hat mit noch nicht rechtskräftigem Urteil vom 17.05.2022, Aktenzeichen 9 A 1019/20, seine bisherige Rechtsprechung zur Gebührenkalkulation aufgegeben und damit zu einem erheblichen Eingriff in die bislang durchgeführten Gebührenbedarfsberechnungen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt. Im Wesentlichen moniert das Gericht, dass bei einer kalkulatorischen Abschreibung auf der Grundlage von Wiederbeschaffungszeitwerten und gleichzeitiger Kapitalverzinsung ein doppelter Inflationsausgleich vorgenommen würde. Ebenso wurde beanstandet, dass für den Fall, dass eine Kapitalverzinsung berücksichtigt würde, ein zehnjähriger Durchschnittszinssatz und nicht wie bisher, ein fünfzigjähriger Durchschnittszinssatz anzusetzen sei.

Der Gesetzgeber hat aufgrund des Urteils eine Überarbeitung des KAG NRW mit dem zweiten Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften in Artikel 1 vorgesehen, Landtagsdrucksache Nr. 18/997. Dieser deckt sich jedoch nicht vollständig mit dem oben zitierten Urteil.

Entgegen der Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen liegt den im Beschluss genannten Gebührensätzen eine Kalkulation auf der Grundlage des Gesetzesentwurfes des KAG NRW zugrunde. Es ist aber davon auszugehen, dass die Änderung des KAG NRW

1. rechtzeitig zum 01.01.2023 in Kraft tritt und
2. gegenüber dem vorliegenden Gesetzentwurf keine Änderungen mehr vorgenommen werden, die zu einer Anpassung der jetzt vorgelegten Gebührenkalkulationen führt.

Aufgrund dieser Umstände kann der Beschluss somit nur unter dem o.g. Vorbehalt gefasst werden.

Sollte die Gesetzesänderung nicht mehr rechtzeitig zum 01.01.2023 in Kraft treten oder rechtzeitig in Kraft treten aber eine Anpassung der Gebührenkalkulationen notwendig machen, müsste die sodann anzupassende Satzungsänderung im Wege der Dringlichkeit gem. § 60 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beschlossen werden.

In Vertretung

Rainer Gleß
Technischer Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von

über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.

über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen.
Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.

Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.

Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.